

Die FDP-Fraktion spricht sich dagegen aus, in der Ratssitzung am 05.07.18 Mietverträge zwischen der Stadt und Mandatsträgern, die zum Zeitpunkt der Vertragsabschlusses Mandate im Rat, in Ausschüssen und in Bezirksvertretungen hatten, nachträglich zu genehmigen.

Verträge der Stadt mit Mitgliedern des Rates, der Ausschüsse, den Bezirksvertretungen und Fachbeiräten, wie auch mit leitenden Dienstkräften, bedürfen der Genehmigung des Rates. Ansonsten sind sie schwebend unwirksam.

"Zum jetzigen Zeitpunkt noch schwebend unwirksame Verträge mit Mandatsträgern zu genehmigen, wäre ein falsches Signal. In der Öffentlichkeit könnte der fatale Eindruck erweckt werden, dass mit einer Genehmigung Vertragsabschlüsse sanktioniert werden, die erst noch politisch gründlich aufgearbeitet werden müssen," erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Für die FDP steht bei einer solchen "Aufarbeitung" weniger die "Skandalisierung des Verhaltens von Ratsmitgliedern als Vermieter" im Vordergrund: "Wir sehen vor allem in den Vertragsabschlüssen zur Unterbringung von Flüchtlingen eine Fehlleistung der Verwaltung. Der zuständige Fachbereich Gebäudemanagement war in den Jahren ab 2015 überfordert und organisatorisch nicht auf die Situation vorbereitet".

Die FDP weist in diesem Zusammenhang darauf hin, "dass man wohl kaum den jetzigen Fachbereichsleiter, der erst seit letztem Jahr im Amt ist, in die Verantwortung nehmen kann."

Ihre Kritik richtet sich vor allem an die Adresse des zuständigen Beigeordneten: "Das Schweigen von Herrn Linne, der ja ansonsten nicht redefaul ist, irritiert uns. Zum Zeitpunkt der Flüchtlingskrise war er bereits seit längerem Dezernent. Wir hätten erwartet, dass er sich bei der Aufarbeitung der Vorgänge persönlich in der Verantwortung sieht und nicht seinen Mitarbeitern die notwendigen Erklärungen überlässt."

Die FDP-Fraktion begrüßt nach alledem, dass die Verträge zur Unterbringung von Flüchtlingen ab 2015 "unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Interessen Dritter" in einer öffentlichen Sondersitzung des Rechnungsprüfungsausschusses noch vor den diesjährigen Schulsommerferien behandelt werden sollen: "So kann verhindert werden, dass bei den Bürgern der Eindruck entsteht, dass Politik und Verwaltung nicht an einer umfassenden Aufklärung interessiert sind."